

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

November 2004



Neues lässt sich nicht im Kanzleramt bestellen

Es müsste mal was Neues her! Wer hat das nicht schon einmal in einer Stunde des inneren Aufbruchs vor sich hin gedacht. Was Neues – als Produkt eines Unternehmens beispielsweise, das seinen Verkaufserfolg auf dem Weltmarkt verbessern möchte, das seine Kapitalrendite erhöhen will, das mehr Arbeitsplätze sichern und mehr Ausbildungsplätze anbieten will. Was Neues wäre gut. Aber wie kommt man dazu? Die Politik neigt dazu, das Neue im Beschlussverfahren zu bestellen. Etwa in einer Expertenrunde im Kanzleramt, beim Forschungsminister oder in einem Untertitel des Haushaltsplans des Wirtschaftsministers. Das heißt dann „Innovationspolitik“.

Aber ist „Innovation“ nicht das Erdenken und Ausprobieren des heute noch Unbekannten? Und kann das – schon aus Gründen der Logik – Gegenstand eines politischen Beschlusses sein? Natürlich nicht. Deshalb müsste in einer gedachten Kanzlerrede die Ankündigung eines Anlaufs der „Innovationspolitik“ ungefähr so lauten: „Wir wollen Bedingungen schaffen, die es möglich machen, dass Lehrer lehren, Schüler lernen, Forscher forschen, Anwender anwenden, Investoren investieren, Verkäufer verkaufen und Personalabteilungen Fachkräfte anheuern und jungen Menschen eine beruflich orientierte Ausbildungschance bieten“.

Das wäre eine gute Rede zur Innovationspolitik im Geist der Marktwirtschaft. Der Staat verzichtet auf den Anspruch, der große Macher zu sein, und tut stattdessen das, um was französische Kaufleute den Finanzminister Jean Baptiste Colbert schon im 17. Jahrhundert flehentlich gebeten haben: Laissez-faire – machen lassen. Gute Innovationspolitik ist keine Disziplin für Macher. Gute Innovationspolitik ist das unspektakuläre, aber sehr wünschenswerte Ergebnis einer marktwirtschaftlich inspirierten Wirtschaftspolitik – von der Steuerpolitik, über die Sozialpolitik, von der Bildungspolitik bis hin zur Ordnung des Arbeitsmarktes. Also: mal was Neues!

Hans D. Barbier

Leben, um zu arbeiten, arbeiten, um zu leben?

54 Prozent der Deutschen würden sich lieber anderen Dingen widmen als einer Erwerbsarbeit. In England würden sogar 57 Prozent der Erwerbstätigen lieber anderes tun, als zu arbeiten. Mehr Freude an der Arbeit haben dagegen die Chinesen. Im „Reich der Mitte“ würden nur 32 Prozent nicht arbeiten wollen, hätten sie genügend Geld.

In Sachen Arbeitslust entpuppen sich die Inder als „Workaholics“: 82 Prozent der Befragten meinen, Arbeit sei die wichtigste Quelle für die persönliche Zufriedenheit. In Deutschland gehören solche Menschen zur Minderheit: Hierzulande finden sich nur noch 13,6 Prozent glückliche Arbeitswütige.

www.eurorscg.de

Sonderfall Volkswagen vor Gericht

Alle Aktionäre sind gleich – manche Aktionäre der Volkswagen AG sind allerdings gleicher. Das so genannte Volkswagen-Privatisierungsgesetz (VW-Gesetz) aus dem Jahr 1959 sichert dem Land Niedersachsen zwei Sitze im Aufsichtsrat und beschränkt gleichzeitig den Einfluss anderer Aktionäre. Mit 18,2 Prozent der stimmberechtigten Stammaktien ist das Bundesland größter VW-Einzelaktionär. Gelänge es einem anderen Aktionär, mehr als 20 Pro-

zent der Aktien zu erwerben, bliebe sein Stimmrecht durch das VW-Gesetz auf maximal 20 Prozent beschränkt. Entscheidungen gegen den Willen Niedersachsens sind damit so gut wie unmöglich. Das stört die EU-Wettbewerbswächter in Brüssel. Sie sehen im VW-Gesetz einen Verstoß gegen den freien Kapitalverkehr in der EU. Deshalb haben sie im Oktober vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Bundesrepublik eingereicht.

Einer der einflussreichsten Verfechter des VW-Gesetzes ist Bundeskanzler Schröder. Er versprach den Wolfsburger Autobauern, dass es mit ihm keine Änderung an der rechtlichen Sonderstellung geben werde. Auch Christian Wulff, CDU-Ministerpräsident in Niedersachsen, will alles beim alten lassen. Volkswagen sei anders als andere Unternehmen und bedürfe daher des staatlichen Schutzes. Schließlich könnten ausländische Großinvestoren VW erobern und ausschachten.

VW-Bilanz

Jahresüberschuss in Tausend € nach Steuern

1998	1 135 000
1999	819 000
2000	2 061 000
2001	2 926 000
2002	2 597 000
2003	1 118 000

Quelle: Volkswagen AG

Allerdings gibt es für Volkswagen – wie für die Autobauer von Daimler, BMW oder Porsche – ein marktwirtschaftlich erfolgversprechendes Mittel gegen feindliche Übernahmen: gute Produkte, kundenorientierter Service, ausgezeichnete Verkaufszahlen und dadurch entsprechend hoch bewertete Aktien. Für die gefürchteten „Raubritter“ wäre eine Übernahme dann zu teuer, und von wertbeständigen Aktien hat jeder Aktionär etwas.

Bundesagentur für Arbeit: Fast im Plan

Im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit (BA) herrscht Freude: Das Defizit in der Kasse soll für 2004 weniger groß ausfallen, als bislang befürchtet. Noch im Sommer hatte die Behörde einen Zuschussbedarf von 5,8 Milliarden € errechnet. Im Haushaltsplan der BA steht für dieses Jahr ein Bundeszuschuss von 5,2 Milliarden €. Diese Milliardensumme erhält die BA übrigens zusätzlich zu den 36 Milliarden €, die sie durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung bekommt.

Ob angesichts solcher Größenordnungen ein um 600 Millionen € geringeres Defizit tatsächlich als Erfolg gefeiert werden kann, sei dahingestellt. Im vergangenen Jahr wollte man bei der BA völlig ohne Bundeszuschuss auskommen. Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2003 musste Bundesfinanzminister Hans Eichel dann aber doch 6,1 Milliarden € nach Nürnberg überweisen.

Vergebliche Suche nach Innovationen

Zu Beginn des Jahres 2004 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder eine Innovations-Initiative gestartet. Mit ihrer Hilfe sollte die Wirtschaft belebt und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden.

Die Geschichte begann unscheinbar damit, dass der Bundeskanzler dem SPD-Präsidium Anfang Januar erklärte: „Die Agenda 2010 geht weiter. Die Bundesregierung wird sich nun dem zweiten Aspekt der Agenda widmen, nämlich der Innovationsinitiative in Forschung, Bildung und Ausbildung.“ Die durch den Umbau der Sozialsysteme gewonnenen Ressourcen sollten in Zukunftsinvestitionen gelenkt werden.

Entschlossen hat der Bundeskanzler seine neue Offensive in Gang gesetzt. Er hat am 15. Januar 2004 einige Bundesminister und namhafte Repräsentanten aus Wirtschaft, DGB und Wissenschaft zum Spitzengespräch um sich versammelt und die „Partnerschaft für Innovation“ ins Leben gerufen. „Pionier-Arbeitskreise“ wurden eingerichtet, ein ständiges „Innovationsbüro Deutschland“ wurde eröffnet. Im März traf man sich erneut, und im Juli wurden erste Zwischenberichte diskutiert.

Seither ist der Kanzler überzeugt: „Die Agenda 2010, eine gezielte Innovationspolitik und die ‚Partner für Innovation‘ machen Deutschland stark für die Zukunft.“ Allerdings befürchtete er auch, dass nicht jeder erfasst, wie weit seine Initiative reicht. Deshalb erläuterte er immer wieder: Es gehe nicht nur um Innovationen als solche, es müsse auch ein innovationsfreundliches Umfeld her-

Durchsetzen, was der Markt verachtet

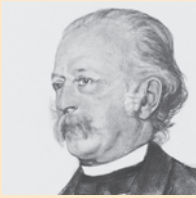
Damit ist klar: Das Innovationsprojekt hat zwei Aspekte, die einer marktwirtschaftlichen Ordnung widersprechen. Der Kanzler will fördern, was die Industrie entwickelt hat, was sie aber – vermutlich vor allem aus ökonomischen Gründen – nicht auf den Markt bringt. Zusätzlich will er in der Bevölkerung eine für den Absatz innovativer Produkte günstige Stimmung erzeugen. Drastischer formuliert: Der Bundeskanzler beabsichtigt im Zusammengehen mit Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, die Marktwirtschaft bei der Entdeckung marktfähiger Produkte zu suspendieren. Neuerungen sollen schnellstmöglich auf den Markt kommen und nicht bis zur Marktreife gepflegt werden. Und weil er ahnt, dass sich am Markt nichts gegen die eigenwilligen Nachfrager absetzen lässt, erscheinen ihm staatliche Marketing-Aktionen zugunsten von „Innovationen“ unverzichtbar.

Politik, die Besseres will, als der Markt erlaubt

Zur Erinnerung: In einer Marktwirtschaft ist es Aufgabe der Industrie, zu erzeugen, was nachgefragt wird. Will sie Neues auf den Markt bringen, muss sie dessen Vorzüge populär machen. Dabei dürfte der Industrie klar sein, dass technische Aspekte allein nicht reichen. Für die Ver-

braucher sind auch andere Sachverhalte – besonders die Preise – wichtig. Deshalb lässt sich nicht jede Innovation absetzen: Manches ist den Nachfragern nicht gut genug, anderes ist ihnen zu teuer. Deshalb bleibt vieles unbeachtet liegen – wenn es denn überhaupt auf den Markt kommt –, denn in einer Marktwirtschaft ist der Kunde König.

Vermutlich kennen die „Partner für Innovation“ die Wünsche der Industrie und ihre Probleme mit dem Markt. Sie verständigten sich prompt darauf, dass die Unternehmen von ökonomischen Sorgen entlastet und in die reizvolle Lage versetzt werden sollten, ohne Rücksicht auf Märkte zu produzieren, was sich produzieren lässt. Dass der finanzielle Rahmen dafür großzügig bemessen sein muss, ist wahrscheinlich jedem klar und kaum erwähnenswert. Trotzdem haben sich die „Partner für Innovation“ die Mühe gemacht, ein Finanzierungsmodell auszuklügeln. Ergebnis ihrer Überlegungen: „Die Innovationspartner unterstützen das Vorhaben der Bundesregierung, systematisch Subventionen abzubauen, um die Ressourcen für Zukunftsinvestitionen zu verwenden.“ Überraschend offen nennen sie auch die Größenordnung: drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wer nachrechnet, weiß: Es geht um etwas mehr als 60 Milliarden €.



„Alles Alte, soweit es Anspruch darauf hat, sollen wir lieben, aber für das Neue sollen wir recht eigentlich leben.“

Theodor Fontane, deutscher Schriftsteller

Subventionsabbau für den Subventionsaufbau

Ist das viel oder wenig? Es ist einiges mehr, als die Bundesregierung bisher an abbaufähigen Subventionen aufgelistet hat. Das ist überraschend. Aber wenn Industrie und Gewerkschaften meinen, dass in dieser Höhe auf Subventionen verzichtet werden kann, sind die Zahlen eher zu knapp als zu reichlich kalkuliert.

Aus politischer Sicht lohnt sich der Milliardenaufwand auf alle Fälle. Der Zweck der Aktion ist ja, möglichst schnell, noch in dieser Legislaturperiode, Wachstum und Beschäftigung deutlich zu erhöhen. Mit einem Zuschuss von 60 Milliarden € ließe sich die Produktion zweifellos kräftig ankurbeln.

Hat der Bundeskanzler damit ein Patentrezept zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung gefunden? Leider nicht, und das liegt an seinem eigentümlichen Verständnis von Marktwirtschaft. Er rechnet zwar mit dem Markt und akzeptiert dessen Eigenheiten. Er vermeidet dirigistische Maßnahmen, mit denen beispielsweise die Nutzung neuester technischen Standards einfach verordnet werden könnte. Aber das ist keine marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik. Das Innovationsprojekt des Kanzlers gründet sich vielmehr auf nationalökonomische Theorien aus der Zeit des Merkantilismus. Es wurde lange Zeit viel darüber gestritten, ob diese Politik jemals sinnvoll war. Dass sie jetzt, im Zeitalter von Globalisierung und Marktwirtschaft richtig geworden ist und wiederbelebt

werden muss, ist ein irrwitziger Gedanke.

Glücklicherweise muss ihn niemand prüfen, denn die Innovationsoffensive ist an der Realität gescheitert. Am 21. und 22. August wollte die Bundesregierung zeigen, was die Industrie bereit hält, wenn in Deutschland das Zeitalter der „Innovationskultur“ beginnt. Das Gelände um das Bundeskanzleramt wurde zum „Ideen-Park“ umfunktioniert. Shuttle-Busse wurden bereit gestellt, um die Bürger von Station zu Station zu fahren, damit sie die Innovationen „interaktiv“ ausprobieren.

Das missratene Innovationsspektakel

Was von den beteiligten Ministerien als Innovation präsentiert wurde, war jedoch wenig spektakulär: Das Bundesfinanzministerium hat treuherzig gepriesen: „Die steuerliche Behandlung von Alterseinkünften ist auf ein zukunftsgerichtetes Fundament gestellt worden.“ Das Bundesgesundheitsministerium hat zum x-ten Mal die elektronische Gesundheitskarte als „echte Innovation“ bezeichnet. Und das Bundesumweltministerium hat seine Erdgas-Dienstfahrzeuge ausgestellt und das bekannte Projekt „Tausend Umwelttaxis für Berlin“ neu beschrieben.

All das dürfte dem Anliegen des Kanzlers nicht entgegen gesprochen haben. Das wirklich Tragische war aber: Auch die Behörden, die als „Partner für Innovation“ direkt mitwirken, konnten nur wenig präsentieren, was sich mit etwas Phantasie als marktgängig einstufen lässt. Das Presse- und In-

formationsamt der Bundesregierung hat den Kanzler in Aktion gezeigt, die Agenda 2010 und die Innovationsoffensive beschrieben und hervorgehoben, wie nachhaltig wichtig diese Aktivitäten sind. Im Bundesministerium für Bildung und Forschung wurden unter dem Motto „Heute schon das Morgen denken“ diverse Ergebnisse aus der Forschung präsentiert: Nanoröhrchen, Mixed-Reality-Displays, Melodieerkennung, Transrapid, interaktive Schaufenster, „sprechende Bakterien“. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat in Kooperation mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen über neueste Entwicklungen aus der Luftfahrtforschung informiert und auf einer „Straße der Innovationen“ ausgesuchte innovative Unternehmen und deren Forschungsleistungen präsentiert.

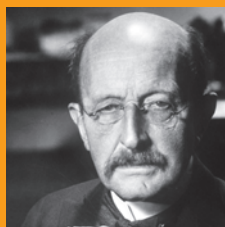
Was nun, Herr Bundeskanzler?

Ernüchterndes Ergebnis des Berliner Innovationsspektakels: Das technologische Schatzkästchen der deutschen Industrie ist offenkundig leer. Aber aus jeder vermasselten Situation gibt es einen Ausweg. In diesem Fall gibt es sogar zwei, einen traditionellen und einen „innovativen“, der aus ordnungspolitischer Sicht ungeteilte Zustimmung verdient.

Die eine Lösung besteht darin, das Projekt in gewohnte Bahnen zurückzuführen. Man könnte die Heizungsverordnungen verschärfen, um dem so genannten Drei-Liter-

Haus den Weg zu bahnen, oder neue Vorschriften über Partikel-Rußfilter von Kraftfahrzeugen erlassen. Damit würde der Bauwirtschaft und der Automobilindustrie geholfen, zwei Branchen, die im nationalen wie globalen Wettbewerb schwer zu kämpfen haben. Was bedeuten bei solchen Perspektiven ökonomische oder ökologische Argumente – zum Beispiel, wenn Energiebilanzen für das Drei-Liter-Haus zeigen, dass die Herstellung der erforderlichen Dämmungen und Fugendichtungen weit mehr Öl verschlingt, als je eingespart werden kann?

Die zweite – wirklich „innovative“ – Lösung würde dagegen erst auf längere Sicht wirken. Wirtschaft und Gewerkschaften meinen, sie könnten auf Subventionen im Umfang von 60 Milliarden € verzichten. Diese Botschaft kommt wie gerufen: Im Bundeshaushalt 2005 fehlen 40 bis 50 Milliarden €, die durch neue Schulden gedeckt werden müssten. Bei Verzicht auf die Neuverschuldung bleiben sogar noch mindestens 10 Milliarden € zur Schuldentilgung übrig. Diese neue Politik würde ernsthaft zu marktwirtschaftlichen Mitteln greifen. Sie würde Subventionen systematisch streichen, sich von den Illusionen staatlicher Innovationsförderung nachhaltig verabschieden und die Entwicklung des technischen Fortschritts ausschließlich dem Markt überlassen. Das würde der deutschen Volkswirtschaft mehr helfen als die Absatzförderung für Produkte, die Verbraucher nicht brauchen.



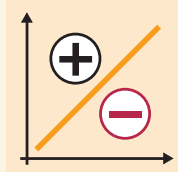
„Irrlehren der Wissenschaft brauchen 50 Jahre, bis sie durch neue Erkenntnisse abgelöst werden, weil nicht nur die alten Professoren, sondern auch deren Schüler aussterben müssen.“

Max Planck, deutscher Physiker

IM KLARTEXT

November 2004

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im November 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Allen Appellen und dem Ausbildungspakt zum Trotz waren Ende Oktober noch 45 400 Bewerber ohne Ausbildungsangebot, 7 600 mehr als vor einem Jahr. Die Zahl noch offener Lehrstellen lag bei 12 900; das waren 900 weniger als vor einem Jahr.

Im Rahmen des Ausbildungspaktes soll in den kommenden Wochen durch Aktionen der Agenturen für Arbeit und der Industrie- und Handelskammern jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot für eine Berufsausbildung oder Qualifizierung gemacht werden. Doch nur 60 Prozent der noch nicht untergebrachten Lehrstellenbewerber werden

die Nachvermittlungsaktivitäten nutzen, berichtet der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. Die übrigen Bewerber haben entweder resigniert oder hoffen auf Lehrstellenangebote im nächsten Ausbildungsjahr.

Geldwertstabilität



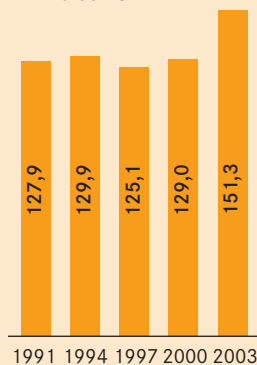
Die privaten Haushalte in Deutschland haben in den vergangenen zehn Jahren ihr Geldvermögen umgeschichtet. Der Spartrend geht weg von langfristigen Anlagen und Aktien. Stattdessen wird Geld auf Girokonten geparkt und in Sparbriefen angelegt.

2003 sparten die privaten Haushalte in Deutschland insgesamt 151,3 Milliarden €. Mit 58,3 Milliarden € wurden mehr als 40 Prozent der neu gebildeten Geldanlagen bei den Banken und Sparkassen eingezahlt. Leicht rückläufig waren Vermögensanlagen bei Versicherungen.

Der Aktienanteil am Geldvermögen schwankte innerhalb der letzten zehn Jahre stark. Er lag Ende 2003 bei sechs Prozent, zwei Prozentpunkte niedriger als 1993. En-

Ersparnisse

der privaten Haushalte,
in Milliarden €



Quelle: Statistisches Bundesamt

de der neunziger Jahre flossen noch nahezu 14 Prozent des Gesparten in Aktien. Die risikoärmere Geldanlage hat die Börsenspekulation zurückgedrängt.

Eigenverantwortung



Rund die Hälfte der Deutschen hat mittlerweile privat für den Ruhestand vorgesorgt. Weitere 17 Prozent planen demnächst den Abschluss einer Privatvorsorge. Obwohl in den Medien inzwischen eindringlich über Versorgungslücken – besonders im Alter –

berichtet wird, haben rund 30 Prozent der Bevölkerung bislang noch keine private Alterssicherung abgeschlossen.

Dabei zeigt sich, dass die Lebensversicherung als Altersvorsorge besonders beliebt ist. 75,5 Prozent haben mindestens eine Lebensversicherung. 2003 zahlten die Versicherungskunden Beiträge in Höhe von 67,7 Milliarden €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 4,1 Prozent. Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 91,5 Millionen Lebensversicherungsverträge; 8,6 Millionen dieser Lebensversicherungen waren neu abgeschlossene Verträge.

Lebensversicherungen

in Milliarden €

	Beiträge	Auszahlungen
1991	31,1	20,0
1993	38,5	24,3
1995	45,2	30,8
1997	50,5	37,0
1999	58,7	44,4
2001	62,4	52,3
2003	67,7	64,9

Quelle: Gesamtverband der Dt. Versicherungswirtschaft

Ausbildungsplätze

jeweils Oktober

	gemeldete Lehrstellen	gemeldete Bewerber
2000	286 074	278 969
2001	287 676	268 284
2002	248 324	264 691
2003	213 163	274 664
2004	202 544	277 272

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
 Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/akg/Rabatti
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard